

Antwort auf die Wahlprüfsteine des Jugendforums Nachhaltigkeit Brandenburg

1. Wie haben Sie vor von Ihren Strategien (Mobilität, Energie, Nachhaltigkeit, Klimaplan) zu konkreter Umsetzung von Nachhaltigkeit zu kommen?

Wir halten es für ein großes Problem, dass die Landesregierung zwar zahlreiche Strategien aufgestellt hat, diese aber häufig nicht mit konkreten Umsetzungszielen untersetzt und vor allem nicht ausfinanziert hat. Zu den einzelnen Vorhaben muss deshalb zunächst ein Umsetzungskonzept aufgestellt werden, das auch den Finanz- und Personalbedarf ermittelt und formuliert. Diese müssen dann in den Haushalten ausfinanziert werden, oder es müssen Prioritäten gesetzt werden, wenn die Haushaltslage eine vollumfängliche Umsetzung nicht zulässt.

2. Wird es in der nächsten Legislaturperiode mit Ihnen eine gesetzliche Grundlage für Klimaschutz aka ein Klimaschutzgesetz für Brandenburg geben, und werden daran Bürger*innen beteiligt werden?

Die Erfahrungen mit der Umsetzung nicht rechtsverbindlicher Strategien sind nicht gut. Deshalb halten wir ein Klimaschutzgesetz für erforderlich, um die Klimaziele verbindlich zu machen, die Finanzierung der Klimaschutzmaßnahmen zu sichern und auch die nötige Klarheit und Rechtssicherheit für die Menschen zu schaffen. Die Linksfraktion hat diesen Vorschlag bereits in der laufenden Wahlperiode in den Landtag eingebracht. Eine breite Beteiligung ist unbedingt erforderlich, denn ohne Akzeptanz wird kein Klimaschutz durchsetzbar sein.

3. Mit dem Begriff Klimagerechtigkeit fordern viele Menschen Klimaschutz mit sozialen Fragen zusammen zu denken. Wie und mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese beiden Aspekte in Brandenburg zusammenbringen?

DIE LINKE schlägt einen „Sozialcheck“ für alle Maßnahmen im Klimaplan vor um sicherzustellen, dass die Menschen von den Maßnahmen nicht überfordert werden und um die Maßnahmen entsprechend steuern zu können. Unabdingbare Belastungen für Menschen, die wenig verdienen, müssen verlässlich ausgeglichen werden. Es dürfen nicht - wie auf Bundesebene - Belastungen beschlossen werden und danach das zum Ausgleich versprochene Klimageld in Frage gestellt und zumindest verschoben wird.

4. Welche Maßnahmen ergreifen Sie um Klimaschutz und Jugendbeteiligung zu verbinden?

Jugendliche werden vom Klimawandel besonders betroffen sein und sollten daher auch besondere Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Ausgestaltung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen haben. Ein bewährtes Instrument dafür ist das Jugendforum Nachhaltigkeit, das wir weiter unterstützen möchten.

5. Ist es in Ihrem Sinne einen Klima-Bürger*innenrat in der nächsten Legislaturperiode zu ermöglichen, und mit welchen Zielen und Verbindlichkeiten sollte dieser dann ausgestattet werden?

Für den sozialökologischen Umbau ist nicht nur breite Akzeptanz nötig, sondern es werden auch gute Ideen aus der Mitte der Gesellschaft gebraucht. Ein Bürger*innenrat kann dabei helfen, praxistaugliche Vorschläge zu entwickeln, aber auch frühzeitig auf Bedenken und Probleme aufmerksam machen. Die Einrichtung eines Bürger*innenrates wird deshalb von uns befürwortet. Ein Bürger*innenrat hat Beratungsfunktion und kann Entscheidungen der gewählten Volksvertreter*innen nicht

ersetzen. Es kommt darauf an, seine Empfehlungen ernst zu nehmen und nicht in der Schublade verschwinden zu lassen.

6. Inwiefern möchten Sie Klima-Geflüchteten Menschen eine Möglichkeit geben in Frieden in Brandenburg zu leben?

Primär muss es darum gehen, Fluchtursachen zu bekämpfen, um den Menschen auch in ihrer Heimat gute Lebensperspektiven zu ermöglichen. Niemand flüchtet gerne und freiwillig. Wir treten für einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten ein und befürworten insbesondere eine schnellere und bessere Integration, etwa durch Sprachkurse und Qualifizierungsangebote und Verkürzung des Aufenthaltes in der Erstaufnahme und in Gemeinschaftsunterkünften.

7. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Brandenburgs Anpassung an die Folgen der Klimakrise klimagerecht gestalten?

Das ist eine Riesenaufgabe über alle Politikfelder hinweg, vom Gesundheitswesen über Gewerbe, Verkehrspolitik, Landwirtschaft bis hin zur Wasserwirtschaft. Die Landesregierung hat 2023 mit der Klimaanpassungsstrategie ein Konzept vorgelegt, das als Arbeitsgrundlage dienen kann. Ähnlich wie beim Klimaplan wurde die Strategie aber leider mit zu wenig konkreten Maßnahmen verbunden; hinzu kommt die fehlende Finanzplanung. Das muss nachgeholt werden.

8. Der Maßnahmenkatalog im Klimaplan der Landesregierung weicht stark von dem ab, was das wissenschaftliche Gutachten als notwendig angesehen hatte, um die Klimaschutzziele und Klimaneutralität in 2045 zu erreichen. Welche Maßnahmen sollte das Land Brandenburg zusätzlich ergreifen?

Wir sehen beim Klimaplan im Vergleich zum Klimagutachten weniger ein Abweichen in den grundsätzlichen Zielen, sondern vor allem im Konkretisierungsgrad sowohl der Ziele als auch der Maßnahmen. Während beispielsweise das Gutachten beim Moorschutz konkrete quantitative Ziele benannt, Umsetzungsinstrumente anführt und Kosten- und Personalbedarf formuliert, fehlt all das im Klimaplan weitgehend, obwohl das Ziel einer Treibhausgasreduzierung durch Moorschutz unverändert übernommen wird. Ziel muss es also sein, Umsetzungskonzepte zu erarbeiten, die die Ziele realistisch erreichbar machen (siehe Antwort zu Frage 1).

9. Die im August 2022 veröffentlichte Energiestrategie für das Land Brandenburg zeigt deutlich, dass die bisher für das Land gesetzten Ziele zur Senkung des Endenergieverbrauchs verfehlt wurden. Welche Instrumente werden sie einsetzen, um noch verborgene Effizienz- und Suffizienzsteigerungen im Land zu heben?

Energieeffizienz und Energiesparen sind für das Gelingen der Energiewende unverzichtbar. Daher setzen wir in der Energiewende auf effektive Instrumente, um Energieeffizienz zu fördern und ein Bewusstsein bei den Energieverbrauchern dafür zu schaffen, was sie selbst tun können. Deshalb wollen wir Unternehmen, Kommunen und private Haushalte dabei unterstützen, ihre Energiebilanz zu verbessern - unter anderem über verschiedene Förderprogramme zur individuellen Energieberatung und zur Stärkung der Energieberatungen durch die Verbraucherzentrale. Aus unserer Sicht braucht es gezielte und kostenlose Beratungen einkommensschwacher Haushalte zum Strom- und Energiesparen und Fördermöglichkeiten zur Anschaffung von energieeffizienten Haushaltsgeräten. Des Weiteren wollen wir einen Reparaturbonus einführen und die Reparierbarkeit von Elektrogeräten fördern. Auch die Kommunen wollen wir durch die Förderung von Klimaschutzmanagern unterstützen. Ein weiteres Handlungsfeld ist die energetische Gebäudesanierung. Wir wollen insbesondere kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Unternehmen dabei

unterstützen, dass diese ihre Gebäude energieeffizient sanieren und bauen können, um den CO₂-Ausstoß zu verringern und Energie einzusparen. Auch die kleinen und mittleren Unternehmen werden wir bei Investitionen in den Einsatz hocheffizienter Querschnittstechnologien mit dem Ziel der Einsparung von Energie und Material unterstützen.

10. Hinsichtlich der regionalen Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte besteht ein großes Potential für den ländlichen Raum. Allerdings besteht hier ein hoher Investitionsbedarf. Wie wollen Sie die regionale Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte fördern und unterstützen?

Hierzu gibt es bereits eine Reihe von Fördermöglichkeiten, sowohl für Investitionen als auch für die Bildung von Netzwerken der unterschiedlichen Akteure zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten. Die Wirksamkeit dieser (zum Teil noch recht neuen) Förderrichtlinien muss evaluiert und gegebenenfalls muss hinsichtlich Ausgestaltung und Mittelausstattung nachgesteuert werden. Die schon seit einiger Zeit eingeführten regionalen EU-zertifizierten Qualitätssiegel sind eine Chance für die regionale Vermarktung, insbesondere auch in der Gemeinschaftsverpflegung, weil sie zur Grundlage von Ausschreibungen für Cateringleistungen gemacht werden können. Leider sind diese Qualitätssiegel bisher so gut wie nicht wirksam geworden, weil eine effektive Vergabe und Bewerbung fehlen. Das muss sich dringend ändern.